

---

**2056/J XXVIII. GP**

---

Eingelangt am 06.05.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

## ANFRAGE

der Abgeordneten Lisa Schuch-Gubik  
an die Bundesministerin für Europa, Integration und Familie  
betreffend **Politische Entfremdung junger Menschen im Zusammenhang mit den Maßnahmen während der Corona-Pandemie**

Die kürzlich veröffentlichte Ö3-Jugendstudie 2025<sup>1</sup> zeichnet ein klares Bild: 77 % der 16- bis 25-Jährigen interessieren sich für politische Prozesse, doch lediglich 22 % fühlen sich durch die Politik tatsächlich vertreten. Besonders im Zusammenhang mit den Maßnahmen während der Corona-Pandemie hat sich bei vielen jungen Menschen die Meinung verfestigt, dass ihre Anliegen und Lebensrealitäten in politischen Entscheidungen kaum oder gar nicht berücksichtigt werden.

Kaum verwunderlich ist daher, dass 79 % der Befragten der Politik wenig oder gar kein Vertrauen entgegenbringen. Zugleich zeigt die Studie aber auch, dass junge Menschen eine Vielzahl gesellschaftlicher Herausforderungen sehr genau wahrnehmen. An der Spitze stehen die Wirtschaftskrise (80 %), die wachsende soziale Ungleichheit (80 %) sowie Themen wie Zuwanderung (78 %) oder Pflege (76 %).

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Europa, Integration und Familie nachstehende

### Anfrage

1. Inwieweit wurden oder werden die Ergebnisse der Ö3-Jugendstudie 2025 in die laufende strategische Planung Ihres Ressorts aufgenommen?
2. Welcher Handlungsauftrag wird aus dem pandemiebedingten Vertrauensverlust in politische Institutionen, wie er in der Studie zum Ausdruck kommt, gezogen?
3. Welche Maßnahmen setzt Ihr Ressort konkret, um das Vertrauen junger Menschen in die Politik wieder zu stärken?
  - a. Wie hoch sind die dafür vorgesehenen budgetären Mittel?
  - b. In welcher Form soll die Wirksamkeit dieser Maßnahmen evaluiert werden?

---

<sup>1</sup> <https://www.oe3jugendstudie.at/ergebnisse.php>

4. Welche Teilergebnisse der Studie werden von Ihrem Ministerium als besonders handlungsrelevant eingestuft?
  - a. Auf Basis welcher Kriterien erfolgte diese Auswahl der besonders handlungsrelevanten Themen?
  - b. Welche Handlungen oder Maßnahmen plant Ihr Ministerium bezüglich dieser Themen zu setzen?
5. Liegen dem Ministerium eigene Evaluierungen oder Daten vor, inwieweit sich junge Menschen in Österreich von der Politik vertreten fühlen?
  - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
  - b. Wenn ja, wurden auf deren Grundlage bereits Handlungen gesetzt und wenn ja, welche?